



Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP.Die Liberalen

Wintersession:

Mit viel Elan ins Wahljahr 2019

Thürnen, 20. Dezember 2018

Geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde und Kollegen

Die Schweiz hat nun zwei neue Bundesrätinnen und das freut mich sehr. Die Wahl von Karin Keller Sutter und von Viola Amherd sind für mich doppelt erfreulich. Zum einen wurden genau jene Personen gewählt, die auch von den Fraktionen vorgeschlagen wurden. Zum zweiten sind wir in der Schweiz weiterhin eine Insel der Stabilität in einer unruhigen Welt. Nebenbei ist es uns gelungen, ganz ohne Quoten, eine starke Frauenpräsenz in der Regierung zur Normalität werden zu lassen.

Ich freue mich natürlich auch sehr, dass unsere Fraktionskollegin Karin Keller-Sutter mit einem Glanzresultat in die Landesregierung einzieht. Ich hätte mir zwar gewünscht, dass KKS das Wirtschaftsdepartement übernimmt und die erfolgreiche freisinnige Wirtschaftspolitik von Johann Schneider-Ammann weiterführt, aber unsere neue Bundesrätin bringt gerade auch im Asylbereich aus ihrer Tätigkeit als Justizdirektorin des Kantons St. Gallen viel Erfahrung mit.

Die Schweiz ist erfolgreich, dies ermöglicht den Schuldenabbau

Als einziges Land weltweit reduziert die Schweiz seit Jahren ihre Schulden. Ein Blick in die Zukunft zeigt, dass eine vorausschauende Budgetpolitik durchaus angebracht ist.

Bis 2022 wachsen die Ausgaben des Bundes gemäss Finanzplan um jährlich 2,4 Prozent. Die vom Volk verworfene Unternehmenssteuerreform III sowie die abgelehnte AHV-Revision entlasten den Bundeshaushalt nur vorübergehend. Über die Neuauflage dieses Unterfangens, die Steuervorlage 17 und die AHV-Finanzierung, stimmen wir am 19. Mai nächsten Jahres ab.

Unser Erfolgsmodell ist es fiskalisch sorgfältig zu sein. In einem kleinen Land ist Vorsicht die beste Vorsorge und die aktuell gute Situation darf uns nicht dazu verleiten unsinnigen Begehrlichkeiten nachzugehen: Wichtige Herausforderungen, die finanziell gravierend sind, stehen an. Man denke nur an die Infrastrukturkosten, die Kosten im Gesundheitssystem oder an die steigenden Ausgaben für die Sozialversicherungen.

Endlich mehr Grenzwachter!

Seit nunmehr zwei Jahren setze ich mich unermüdlich für eine Aufstockung des Grenzwachtkorps ein, damit unsere Region besser vor Kriminaltouristen geschützt werden kann. Ausdauer und Beharrlichkeit haben sich nun endlich auszahlt. Als zweite Instanz stimmte der

Ständerat einer Aufstockung um 44 Grenzwächter zu. Zusätzliche Kosten hat dies nicht zur Folge, denn die Aufstockung ist durch einen Abbau in der Verwaltung über alle Departemente verteilt zu kompensieren.

Gut ausgerüstet heisst glaubwürdig

Die Armeebotschaft verknüpft mit dem Rüstungsprogramm ging denn auch bis auf die Diskussion um die Anzahl Schutzwesten mehr oder weniger unspektakulär über die Bühne. Dennoch liess ich mich davon überzeugen, dass das vom Parlament bewilligte Geld für die Ausrüstung sinnvoll eingesetzt wird. Gelegenheit dazu bot mir die Baselbieter Infanterievereinigung mit ihrer Einladung zu einem Truppenbesuch in Walenstadt. Dabei informierte ich mich auch über den aktuellen Stand der Ausbildung. Besonders beeindruckte mich die Simulationstechnik, die eine realitätsnahe Beurteilung jedes einzelnen Soldaten im Kampf erlaubt.

Nein zum CO2 Gesetz ist Ausdruck einer unheiligen Allianz

Der Klimaschutz ist wichtig. Wir müssen aktiv bleiben und den Ausstoss an schädlichen Emissionen senken. Eine unheilige Allianz aus SP und SVP brachte im Nationalrat das Geschäft ins Stocken. Dies ist ein Beleg für die Unfähigkeit dieser Parteien, Kompromisse und damit Lösungen für die Menschen zu finden. Nun muss der Ständerat korrigieren und dann hoffentlich kommen beide Fraktionen von SVP und SP zur Vernunft.

Replay-TV ohne Werbepausen

Replay-TV ermöglicht, dass sich breite Kreise auch ausserhalb des TV-Programms über Politik und Gesellschaft informieren. Dass sich dabei die Werbepausen überspringen lassen, ist ein unbestrittener Vorteil. Weil den Sendern auf diese Art Werbeeinnahmen entgehen, versuchten sie, dem Replay-TV einen Riegel zu schieben. Dass sie damit die Zuschauerinnen und Zuschauer verärgern, ist ihnen offensichtlich egal.

Leider liess sich die Rechtskommission des Nationalrats von den Argumenten der Anbieter überzeugen und entschied sich knapp für eine Einschränkung des Replay-Angebots. In diesem Punkt stehe ich, und mit mir eine Mehrheit des Nationalrats, ganz klar auf der Seite der Konsumentinnen und Konsumenten. Wettbewerb und Marktkräfte sorgen dafür, dass sich schlaue, konsumentenfreundliche Lösungen durchsetzen. Und ich bin froh, dass der Nationalrat den Fehlentscheid seiner Rechtskommission mit grosser Mehrheit korrigierte.

Kein bundesrätlicher Alleingang beim UNO-Migrationspakt

Grundsätzlich sind internationale Abkommen eine wichtige Grundlage um in einer globalisierten Welt gemeinsam Probleme zu lösen. Der von der UNO ausgearbeitete Migrationspakt beinhaltet aber teils widersprüchliche Forderungen und ist in einigen sogar inkompatibel mit dem Schweizer Gesetz. Dass der Bundesrat vordrängte und den Pakt ohne parlamentarischen Rückhalt unterzeichnen wollte, kam in den Räten nicht gut an. Mit dem Abbau von landesrechtlichen Vorgaben beim Familiennachzug widerspricht der Migrationspakt der erst von zwei Jahren

getroffenen Verschärfung des geltenden Rechts, das eine Unterwanderung unserer Sozialwerke verhindert. Natürlich ist der Migrationspakt der UNO kein verbindliches Recht, aber ich bin der Meinung, wir sollten als Land nur dann unsere Unterschrift unter ein Vertragswerk setzen, wenn wir dieses auch ratifizieren und umsetzen wollen. Wenn wir hier Zusagen machen gegenüber der UNO und dann im Land anderes Leben, dann wird die internationale Politik unglaubwürdig.

Nutzung des Pannestreifens entschärft heikle Situationen

Ein in dieser Session von mir eingereichter Vorstoss betrifft die Verkehrsteilnehmer in unserer Region. Die Autobahn A2 durchs Baselbiet ist in Stosszeiten chronisch überlastet. Heikle Situationen führen zu Unfällen, der Verkehr steht still. Die Nutzung des Pannestreifens könnte die Situation entschärfen, davon ist auch Astra-Direktor Jürg Röthlisberger überzeugt. Mit meiner Interpellation will ich deshalb vom Bundesrat wissen, wie er diese Option einschätzt, ob es allenfalls einfachere Lösungen gibt und bis wann die Region damit rechnen darf, dass eine Entlastung geschaffen wird.

Und zu guter Letzt: Mit einer Motion verlange ich von der Landesregierung – sofern eine Ratsmehrheit meiner Forderung zustimmt – dass sie beim Meldeverfahren der Verrechnungssteuer in Zukunft die Verhältnismässigkeit wahrt und auf unnötige Schikanen beim Vollzug verzichtet. Zu rigoros werden bei minimalen Verspätungen Bussen ausgesprochen gemäss Rückmeldungen von vielen Mitgliedern des Treuhänderverbandes. Ich hoffe, der Vorstoss zeigt Wirkung, denn dies wird vielen Treuhändern und ihren KMU Kunden das Leben erleichtern und wieder mehr Vernunft in die Arbeit einziehen lassen.

Wahljahr 2019

Das kommende Jahr wird für mich ja ein besonderes. Ich habe mich entschlossen für das Baselbiet als Ständerätin zu kandidieren und ich werde dazu Ihre volle Unterstützung brauchen, damit dies gelingen wird. Ich würde mich sehr freuen darüber!

Nun wünsche ich Ihnen von Herzen besinnliche Festtage, schöne Momente im Kreise Ihrer Lieben und einen guten Rutsch ins Neue Jahr.

Herzliche Grüsse

Daniela Schneeberger

Nationalrätin FDP BL

Kontakt:

daniela.schneeberger@parl.ch

www.danielaschneeberger.ch

www.parlament.ch